

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Älteste Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 3 Mk. ohne Zusatzen. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindeverbands-Girokonto Nr. 3. — Postfachkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die sechsgetragene Zeitspaltelle 50 Pfg., außerhalb der Amtshauptmannschaft 75 Pfg., im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Zeile 200 Pfg. — Eingeladene und Reklamen 200 Pfg.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 17

Freitag den 21. Januar 1921

87. Jahrgang

Vertikales und Schräges.

Dippoldiswalde. Wir machen nochmals auf die am nächsten Sonntag stattfindende Kirchenwahl (vorm. 11 Uhr bis nachm. 1 Uhr) aufmerksam. Wie wir hören, hat Herr Baummeister Schmidt dringend gebeten, von einer Wiederwahl abzusehen, da er sie aus Gesundheitsrücksichten nicht würde annehmen können.

Das den Sangerischen Erben gehörige, auf der Großen Wassergasse gelegene Wohnhaus ist in den letzten Tagen in den Besitz des Herrn Obermüller Feind übergegangen.

Während am 31. Dezember die Maul- und Klauenpest in Sachsen noch in 1211 Gemeinden mit 5471 Gehirten herrschte, trat sie am 15. Januar nur noch in 871 Gemeinden mit 3237 Gehirten auf. — Für den Verwaltungsbezirk Dippoldiswalde sind die entsprechenden Zahlen 38, 131, und 35, 109.

Seifersdorf. Am Dienstag hielt der hiesige Ortsverein seine Hauptversammlung ab. Der Vorsitzende, Herr Lehrer Glauche, konnte zahlreiche Mitglieder willkommen heißen. Er stellte fest, daß die Versammlung ordnungsgemäß abgelaufen sei. Die Tagesordnung war durch Rundschreiben bekannt gegeben worden. Als Eingänge waren nur einige belanglose Sachen zu verzeichnen. Punkt 2 der Tagesordnung brachte den Jahresbericht. Derselbe wurde vom Vorsitzenden in alibefanter sachlicher und präziser Weise vorgetragen. Er bot des Interessanten gar viel. Die Versammlungen sind gegen das Vorjahr besser besucht worden. Der Verein zählt jetzt 59 Mitglieder, davon 7 auswärtige. In seinem Mitgliedsbuch sind seine ersten Vorsitzenden, Herr Lehrer Paul Exner, kurzzeitig in Obergordth bei Dresden, befindet der Verein sein einziges Ehrenmitglied. Zwei liebe, arbeitsfreundliche Mitglieder hat der Verein durch den Tod verloren. Es sind dies der Mitbegründer Herr Schmiedemeister Clemens Wende und das Verhandlungsausschussesmitglied Herr Stadtbauer Alfred Hauptvogel. Ihnen zu Ehren erhob man sich von den Plätzen. In den verschiedenen Kommissionen des Vereins ist sehr fleißig gearbeitet worden. Im Laufe des Jahres haben ausführliche und sachliche Berichte erstattet die Herren Mitglieder Eiß, A. Querner, E. Wilsch, E. Weber, W. Glauche und Max Vohse. Erneuert wurden Wegemarkierungen und Anzeigebänke. Solche wurden auch neu aufgestellt. Auf dem Sportplatz am Kurhaus ist eine Schlittschuhbahn angelegt worden. Eine Menge anderer Beschäftigungen konnten aus verschiedenen Gründen noch nicht ausgeführt werden und harren nun im neuen Vereinsjahr ihrer Warte. Vom Vorsitzenden sind den Mitgliedern auch zwei sehr beifällig angenommene Vorschläge geboten worden: 1. über das Wirtschaftlichen Deutschtums und 2. über die Wahlfrage. Der Verein hat sich auch über die Errichtung einer Vereinsbibliothek gemacht. Gütliche Beiträge spendete der Verein zu einer Sitzung für im Dienste verunglückte Kameraden anlässlich des 25-jährigen Stiftungsfestes der hiesigen Freiwilligen Feuerwehr und die Errichtung eines Ehrenwales für die dem Weltkrieg zum Opfer gefallenen Helden der Kirchengemeinde Seifersdorf. Der Verein ist auch noch Mitglied des Vereins Heimatbund, Gruppe Dippoldiswalde. Mit großer Freude konnte der Vorsitzende feststellen, daß auch im verflossenen Vereinsjahr alle Behörden, mit denen der Verein in Berührung gekommen ist, demselben ihr Wohlwollen bewahrt haben. Wäge das in Zukunft so bleiben. Es folgten noch sehr interessante, bis ins einzelne gehende Mitteilungen. Mit den besten Wünschen für den Verein schloß der Vorsitzende seinen reichhaltig mit viellegenden und interessanten Inhalten ausgeschmückten, mit Bestrebungen aufgenommenen Jahresbericht. Herr Pfarrer Eiß dankte dem Vorsitzenden zugleich im Namen des Vereins für seine umfangreiche, aufopfernde, sich im sozialen Geiste betätigende Vereinsmitgliedschaft, die zugleich der ganzen Gemeinde zugute komme. Darauf ergriff der Kassierer W. Vohse das Wort. Seinem ausführlichen Bericht entnehmen wir, daß die Einnahmen 742 09 M. und die Ausgaben 486 55 M. betragen, jedoch ein Reingewinn von 255 24 M. erzielt werden konnte. Dazu kommt noch der Wert des Vereinsinventars. Es ist somit ein erfreuliches Anwachsen der Vereinsfinanzen zu verzeichnen. Dies ist aber auch unbedingt notwendig, wenn der Verein alle die sozialen, geistlichen Aufgaben erfüllen soll, die an ihn herantreten. Da die Kassierung von den Herren Rechnungsprüfern Eiß und Weber für richtig befunden wurde, so konnte unter herzlichem Worten des Dankes dem Kassierer Max Vohse Entlastung erteilt werden. Punkt 4 betraf Erziehungswesen. Aus diesem gingen hervor die Herren Ernst Dehmken als stellv. Vorsitzender, H. S. Querner-Maiter als stellv. Schriftführer und Max Vohse als ordentlich Kassierer. An Stelle der drei auscheidenden Herren

P. Seidel, Alfred Hauptvogel und H. Bräuner wurden die Herren Arthur Gabel, Bruno Martin und Erich Stiel in den Verhandlungsausschuss gewählt. Alle Wahlen gelten auf zwei Jahre. Als Rechnungsprüfer auf das Jahr 1921 bestellt man die Herren Max Gabel und Kurt Hamann. Weiter beschloß man nach kurzer Aussprache den Jahresbeitrag von 3 auf 5 M. zu erhöhen. Der § 10 der Satzung soll in Zukunft in Wegfall kommen. Näher Verhandlungen wird von nun an alles nur noch durch Rundschreiben bekannt gegeben. Am 13. Februar will der Verein sein Wintervergnügen abhalten. Es soll aus idealtätlichen Vorführungen und Ball bestehen. Außerdem soll eine Verlosung stattfinden. Zu derselben sollen die Mitglieder je ein Geschenk nicht unter 3 M. Wert am 11. und 12. Februar beim Mitglied Arthur Gabel (untere Schmiede) abgeben. Mit Dank an alle treuen Mitarbeiter und den besten Wünschen für den Verein, der die Ziele eines Gebirgs- und eines Bezirks- und Bürgervereins verfolgt, schloß der Vorsitzende die sehr anregend verlaufene Versammlung. Wärdte die Mitgliederzahl des Vereins im neuen Jahre noch recht anwachsen, damit derselbe die Rolle, die er befüllen ist, zu führen, auch ausüben kann.

Am vergangenen Sonntag hielt der hiesige Männergesangsverein „Eintracht“ in Doppel-Bahnhofsgastwirtschaft seine diesjährige Hauptversammlung ab. Der Vorsitzende, Herr Stadtbauer Otto Baumgart begrüßte die Erschienenen aus herzlichster. Sozungsmitglied ist die Versammlung einberufen worden. Die durch Rundschreiben bekanntgegebene Tagesordnung wurde genehmigt. Nachdem der Vorsitzende die geringe Beteiligung tief beklagt hat, verliest er den Jahresbericht, in dem er noch einmal alle wichtigen Begebenheiten an den Augen der Sänger vorüberziehen läßt. Der Verein zählte am Jahresabschluss 35 singende und 30 nichtsingende Vereinsangehörige, einschließlich drei Ehrenmitgliedern. Zusammenkünfte und Veranstaltungen haben 55 stattgefunden, davon 40 Singstunden. Die Übungsabende waren insgesamt von 945 Mitgliedern besucht, so daß auf eine Singstunde rund 24 Sänger entfallen. Die lange Zeit im Orte herrschende Maul- und Klauenpest dürfte zum größten Teile an dem verhältnismäßig schwachen Besuche die Schuld tragen. Rundschreiben sind im Berichtsjahre 11 an die Sänger ergangen. An Versammlungen wurde nur die Hauptversammlung abgehalten. Es dürfte sich hier vielleicht empfehlen, hier die Vierteljahrsversammlungen wieder einzuführen. Regen Anteil nahm man an den Wanderfesten nach Malter, Borlas und Spitzhitz. Sie dürften wegen ihres unermesslichen Verlustes noch lange im Gedächtnis der Sänger bleiben. Besucht wurden eine Sitzung der Gruppenleitung in Dippoldiswalde. An ihr nahmen drei Mitglieder teil. Das Gruppenkonzert in Dippoldiswalde besuchte der Verein ebenfalls und errang dabei einen ganz beachtenswerten Erfolg. Von der Erhöhung der Gruppensteuer auf 30 Pf. pro Sänger nahm man Kenntnis. Dem Verein gingen drei Rundschreiben zu, welche über Bundesangelegenheiten und über das 1921 in Neustadt abzuhaltende Bundesfest berichteten. Am 1. Mai ist in herkömmlicher Weise das 43. Stiftungsfest gefeiert worden. Von großer Freude war man erfüllt, als das noch langjähriger französischer Gesangschor heimgekehrte Mitglied Arthur Enderlein sich wieder in den Reihen der aktiven Sänger einfindet. Einer Einladung des Borlaser Bundesvereins Folge leistend unternahm der Verein am 3. Juli einen Ausflug mit Damen nach dort und unterhielt man sich dabei sehr herzlich bei frohem Wiederklang und Tanz bis in die spätesten Morgenstunden. Ebenso anregend verlief der Ausflug, den man auf Einladung mit dem jungen Kirchenchor nach dem Steinbruch unternahm. Nur wäre bei all diesen Veranstaltungen eine regere Beteiligung der Passiven erwünscht. Das Weihnachtskonzert wurde ob seines guten Verlaufes in Malter wiederholt und brachte dem Verein einen ihm zu gütenden finanziellen Gewinn. Anlässlich von Begräbnissen beteiligte sich der Verein sozungs-gemäß und pflichtschuldigst durch Gesang einmal, an Trauungen drei Mal. Außerdem wurden noch am Hochzeitsmorgen drei Mitgliedern Ständchen gebracht. Allen Sängern und Mitwirkenden an den Veranstaltungen dankte der Vorsitzende. Besonderen Dank brachte er aber dem Vereinsleiter, Herrn Kirchschullehrer Weber, dar, der sich jederzeit um das Wohl des Vereins bemüht hat und seine Arbeit und Mühe immer, den Verein auf seiner Höhe zu erhalten, ja ihn noch um ein Bedeutendes zu heben. Die größte Anerkennung aber können ihm die Sänger zollen, wenn sie recht pünktlich und zahlreich die Übungsabende besuchen. Dem Vorsitzenden wurde für seine umsichtige Leitung, seinen fleißig und gewissenhaft bearbeiteten Jahresbericht, der ein getreuliches

Bild vom Vereinsleben gab, durch einen Sängerspruch der gebührende Lohn. Darauf gedachte der Vorsitzende noch des verstorbenen Gründers, langjährigen Vorsitzenden und Ehrenmitgliedes Ferdinand Enderlein; zu seinem Gedächtnis erhob man sich von den Plätzen. Der vom bewährten Kassierer, Herrn Rich. Illgen vorgetragene Bericht ergab einenbaren Bestand von 230,44 M. Da durch die Rechnungsprüfer, Herren Walter Behmann und Bruno Meyer, gegen die peinliche und übersichtliche Kassierung nichts einzuwenden war, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die darauf erfolgten Wahlen ergaben: Kassierer für 1921: Rudolf Rinkisch und Fritz Dietrich, als 1. Vorsitzender Otto Baumgart, als stellv. Kassierer Max Rinkisch, als stellv. Schriftführer Walter Behmann, als Notenwart Bruno Meyer und als Ausschussesmitglied der Passiven Julius Tiege. Die Gewählten nehmen ohne Zererei die Wahl, für das geschenkte Vertrauen dankend, an. Die Vereinssteuern werden der Zeit entsprechend auf monatlich 50 Pf. festgesetzt. Das Stiftungsfest soll am 10. April stattfinden. Nachdem noch ein neues Mitglied bewillkommt und einige Nieder erlangten waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung. Wärdte diesem Vereine doch noch alle ihm fernstehenden jungesfreudigen Einwohner beitreten und so dem Verein unter seiner gelebten Leitung, sowohl von Seiten des Vorsitzenden als auch des Vereinsleiters, zu noch schöneren Erfolgen verhelfen.

Schmiedeberg. Am Montagabend fand in dieser Kirche eine Versammlung aller Kirchenfreunde statt. Sie galt als Protest gegen die Vorträge auf zeitlichem Gebiet, die vorige Woche teils von Sektierern und von Freidenkern hier abgehalten wurden, wobei man öffentlich zum Kirchenaustritt aufforderte. Der Andrang der Massen war so groß, daß dieselben das Gotteshaus kaum zu fassen vermochte. Es mögen wohl gegen 600 Personen gewesen sein. Als erster Redner sprach Herr Ortspfarrer Friedrich über den Zweck der Einkerzung. Mit treffenden Beispielen bewies er, wie notwendig Religion in einem Staate sei. Die Klagen Japans haben dies längst erkannt und schämen Gottesglaube und Religion als Machtfaktoren ein. Jeder Anhänger der Kirche sei aber ein tüchtiges Glied und fördere das Wohl seiner Kirche. Durchlöcher Belenennern nach außen hin ist besonders nol. — Als zweiter Redner gab Herr Pfarrer Pfleger, Hennesdorf, Ausführungen über wichtige Fragen, als Kirchensteuern und Gebühren bei Taufen, Trauungen und Begräbnissen. Gerade auf diesem Gebiete sind die unbilligsten Gerichte in Umlauf gebracht worden. Mit glaubwürdigen Beweisen wußte der Herr Redner solche Irrtümer zu widerlegen. Die Kirchensteuern sind in Wirklichkeit garnicht so hoch, als vielfach behauptet wurde. Sie betragen ja im Durchschnitt nur 5% der Reichseinkommensteuer. Bei einem Durchschnittseinkommen von 15 000 Mark sind jährlich von einer Familie mit vier Köpfen insgesamt zu zahlen 93 M. Für die Kirchengemeinde Schmiedeberg aber kommt ein so hoher Prozentsatz vielleicht garnicht in Frage. Man kann sich hier mit etwa 2% begnügen. Aber auch in Zukunft ist eine ungewöhnliche Erhöhung der Kirchensteuern nicht zu erwarten, nachdem die Reichsverfassung die wirtschaftlichen Lebensbedingungen der Kirche hergestellt hat. Was kirchliche Gebühren betrifft, so kann verneint werden, daß alle Darbietungen des Wortes Gottes kostenlos sind. Nur die Gewährung besonderer Wünsche zur äußeren Ausschmückung der Feiern muß besonders bezahlt werden. Doch die Gebühren hierfür decken oft kaum die Selbstkosten der Gemeinde. — Zum Schluß nahm Herr Superintendent Michael noch das Wort zu kraftvoller, herzbewegender Ansprache. Er sagte aus, daß niemand die Trennung von Kirche und Staat zu fürchten braucht. Schon vor der Revolution haben eifrige Lutheraner nur eine Trennung angestrebt, damit die Kirche frei werde von allen staatlichem Zwange und sich zur Weltarbeit herausbilde. Nicht Wissenschaft allein bietet Erfolg für Religion, wie die Freidenker behaupten, denn Religion allein ist nur imstande in Adten des Lebens Kraft zu spenden. Das beweisen die Ausprüche großer Männer und Gelehrter, ja selbst Sozialdemokraten haben das zugeden müssen. Mit dem Schlußgefang „Eine feste Burg ist unser Gott“ sang die impotante Festerstunde aus.

Klitzberg i. E. In der Nacht vom Montag zum Dienstag fiel reichlich Schnee, der sich aber im Laufe des Tages durch das herrschende Tauwetter wieder löste. Während der Nacht trat dann abermals Neuschnee und Kälte ein, so daß sämtliche Schneeverhältnisse für den kommenden Sonnabend und Sonntag zu erwarten sind. Der für 22. und 23. Januar angelegte Kreiswettbewerb wurde abgesetzt. Am 24. Januar beginnt ein Sturzwind des Dreißiger Stils. Der Kreiswettbewerb

und ein öffentlicher Wettlauf wird Anfang Februar angefahren.

Frauenstein. Das abgelaufene Jahr hat der böhmischen Sparkasse eine starke Zunahme gebracht. Die Spareinlagen haben sich um 1,2 Millionen Mark, die Spardächer um rund 500 Stück vermehrt. Es belaufen sich die Spareinlagen auf 10 1/2 Millionen Mark auf fast 10000 Spardächer. — Gewaltige Summen wurden im Jahre 1920 bei der Girokasse umgelegt: 15 Millionen Mark im Barverkehr, 2,3 Millionen im Postverkehrslehre, 33,2 Millionen im Arbeitsverlehnverkehr und 6 Millionen durch Übertragungen im Ortsverkehr. Die Zahl der Teilnehmer ist um 85 gestiegen und betrug am Jahresende 224.

Die Vorstände der Bahnoberwalleren Frauenstein und Sapa, die Oberbahnverwalter Schneider und Boden, sind ab 1. Januar 1921 zu Betriebsingenieuren ernannt worden.

Dresden. In der Mittwoch Sitzung des Landtages gab die Regierung bekannt, daß die Frage der Reichs- und Landwirtschaftsminister von der Reichsregierung und dem Reichswirtschaftsrat bearbeitet würden und daß damit ein besonderes Vorgehen der Länder in dieser Frage die Aktion der Reichsregierung eingreifen würde. Sodann stand auf der Tagesordnung der unabhängige Antrag über Erlass eines Amnestiegesetzes und ein kommunistischer Antrag auf eine allgemeine Amnestie, wobei auch gemeine Verbrechen, Morde und Brandstiftung amnestiert werden sollen, wenn sie mit irgend welchen politischen Verhältnissen im Zusammenhang stehen. Justizminister Dr. Harnisch wies in erschütternden Zahlen nach, daß die bisherige Amnestie, die in außerordentlich weitem Umfang geübt worden sei, nicht die erhoffte Wirkung gehabt habe, nämlich die Vergehen einzuschränken. Im Gegenteil seien seit der Revolution von Jahr zu Jahr die Vergehen und Verbrechen ganz außerordentlich gestiegen, was er mit ungläublichen statistischen Ziffern bewies. So haben sich die Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft im Jahre 1919 schon auf etwa 93000 erhöht. Für das Jahr 1920 könne man ein weiteres Herauswellen der Ziffern erwarten. Das Justizministerium werde von Begnadigungsverlehen geradezu überflutet. An einem Tage seien beispielsweise 200 Gesuche eingelaufen, im ganzen sei das Justizministerium im Jahre 1920 mit etwa 44000 Begnadigungsgesuchen belastet worden. Er halte eine Amnestie für außerordentlich bedenklich und bitte das Haus, die Anträge abzulehnen. Obwohl alle bürgerlichen Redner mit großer Sachkenntnis das Widersinnige eines Amnestiegesetzes nachwiesen, wurde mit Hilfe aller sozialistischen Abgeordneten der Antrag an den Rechtsausschuß überwiesen. Zuletzt verhandelte man noch über die Aufhebung des Gesetzes über die Bestrafung der fleischlichen Vergehen und einiger hiermit in Verbindung stehender Verbrechen vom 6. Februar 1834. Von den Deutschnationalen und Volksparteilern wurde die Aufhebung abgelehnt, dagegen traten Demokraten und Sozialisten für den Antrag ein. Der Antrag wurde dem Rechtsausschuß überwiesen. Nächste Sitzung Donnerstag den 20. Januar mittags 12 Uhr. Tagesordnung: Anfragen wegen der Eingemeindung von Lohschütz, Blawitz und Weißer Hirs, zweite Beratung über die staatliche Schlachtleistungsversicherung, Schutz und Schadenersatz der Landesbrandversicherungsanstalt, Erlass für die Stimmzettel zur Landtagswahl und Prüfung der Ergebnisse der Landtagswahlen.

Dresden. Wie wir schon meldeten, sind Verhandlungen im Gange, die eine Vereinigung des sächsischen Bauernbundes (Bund der Landwirte) und des Verbandes sächsischer Landwirte bezwecken. Der Bund der Landwirte wird durch die Verschmelzung ebensowenig verschwinden wie der Verband sächsischer Landwirte: beide werden vielmehr sich in die Arbeit etwa in derselben Weise teilen wie bisher, d. h. dem Bund bleibt die politische Wahrnehmung der Interessen der sächsischen Landwirte überlassen, der Verband nimmt dagegen die wirtschaftlichen Interessen insbesondere der Bezirke und Einzelverbände wahr. Die sächsische Gesamtorganisation soll nichts anderes sein als der Zusammenschluß der landwirtschaftlichen Besitzer und Nichtbesitzer, denn auch die Landarbeiter, soweit sie noch nicht das rote Meer verschlungen hat, werden im Kampfe um die Scholle und den Helmhuben Schüller an Schüller mit den Gutbesitzern, Bauern und Kleingrundbesitzern.

Waldheim. Hier sind die Tabakarbeiter der Betriebe im Waldheim wegen Lohnfragen in den Ausland getreten. **Stollberg.** Hier wurde Dr. med. Paul Röntgen aus Kirschwald als Stadtrat in Pflicht genommen. Er steht ausschließlich im Dienste der Stadt und hat keine Nebenberufe.

Regis. Der Raubüberfall, dem angeblich der Kassier der „D. E. M.“ zum Opfer gefallen ist, hat eine rasche Klärung erfahren. Der Kassier Edwin Gensy und sein Schwager sind die Täter; sie wurden verhaftet. Das Geld konnte wieder herbeigeschafft werden.

Treuen. In russische Gefangenschaft geriet schon im Jahre 1914 der Schneider Paul Mayer, W. Helggräber Straße wohnhaft. Da auch die Ehefrau verstorben, wurden seine vier Kinder bei Verwandten untergebracht und hartes, als der Krieg endlich zu Ende war, der Heimkehr des Vaters. Er kam nicht, und da seit 2 Jahren kein Lebenszeichen mehr von ihm einzufallen, hofften sie wohl kaum mehr, den Vater jemals wiederzusehen. Jetzt ist der Sangersehn endlich heimgekehrt. In Sibirien, wohin er mit vielen Leidensgenossen zusammen verbracht worden war, hatte ihn sein Lebenszeichen mehr erreicht, und auch ihm war jede Möglichkeit genommen, den Seinen zu schreiben.

Böhl bei Jodeta. Hier ist am Montag ein Schußzeit ausgebrochen, hervorgegangen aus Differenzen zwischen dem Kirchschullehrer und dem Geistlichen. Dem Lehrer war von seiner vorgesetzten Planerische Behörde aufgegeben worden, seine Dienstwohnung bis zum 22. ds. zu räumen. Die Dienstwohnung will ihre Kinder solange nicht zur Schule schicken, bis sie die Gewißheit erhalten habe, daß der Lehrer im Ort verbleibe.

Zusammentritt des Reichstags.

— Berlin, 19. Januar.

Eine Gedenkrede des Präsidenten zum 18. Januar.
Der Reichstag ist heute zu seiner ersten Sitzung im neuen Jahre zusammengetreten. Die Tagung soll allerdings nur bis Anfang Februar dauern, um den Abgeordneten die Gelegenheit zur Beteiligung an dem preussischen Wahlkampfe zu geben.

Der Reichspräsident Ebert gedenkt zunächst der vor 50 Jahren erfolgten Reichsgründung. In trüber Zeit das Gut der Einheit zu bewahren. Der Präsident gibt der Zukunft Ausdruck, daß die gegen ihren Willen von uns getrennten Völkern und auch die Deutsch-Oesterreicher wieder mit Deutschland vereinigt werden mögen.

Der Präsident gedenkt dann des verstorbenen Abgeordneten (Soz.) und des verschiedenen ehemaligen Reichstagsabgeordneten von Bethmann Hollweg. Man möge über seine Politik urteilen wie man will, er habe jedenfalls die besten Absichten gehabt. (Zuruf bei den Komm.: Er war ein Kriegsschuldiger! — Beifall Pful-Rufe im ganzen Hause.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhebt Abgeordneter (Komm.) Protest gegen die Fiktion der Reichsgründung. Es handelt sich hier nur um Kundgebungen des Nationalismus. Das Reich ist keine Gründung des Volkes, sondern seiner Fürsten. (Schluß und Pful-Rufe.)

Der Ausnahmezustand in Bayern.
Auf der Tagesordnung steht zunächst ein Antrag der Unabhängigen über Aufhebung des von der bayerischen Regierung verhängten Ausnahmezustandes. Wie innerlich, sollte der Antrag bereits in der letzten Sitzung vor Weihnachten zur Beratung kommen, infolge der Beschlussunfähigkeit des Hauses blieb er jedoch unerledigt.

Abg. Goldmann (U. Soz.) begründet den Antrag. Die Arbeiterfrage und alle freiheitlichen Elemente würden durch den Belagerungszustand, mit dem jeder Arbeiter hätte ununterbrochen provozieren.

Reichsminister des Innern Koch erklärt, bei fortwährender Verhinderung der Bevölkerung halte die Reichsregierung die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes in Bayern für bedenklich. Sie hoist, im Wege der Verhandlungen zu einer Verständigung mit Bayern zu kommen.

Bayern. Staatssekretär Eycher gibt einen Überblick über die bayerischen Verhältnisse. Der Ausnahmezustand ist nicht von dem Ministerium her, sondern von dem sozialistischen Ministerium Hoffmann geschaffen worden. Bayern hat zu stark unter der Räuberregierung leiden müssen. Eine Wiederholung dieser Zustände muß verhindert werden. Die Schuld an dem Ausnahmezustand tragen die Linksparteien mit ihrer verheerenden Propaganda.

Abg. Vogel (Soz.) stimmt dem Antrage zu. Der Ausnahmezustand sollte nur vorübergehend sein. Die Verordnung ist aber von der jetzigen bayerischen Regierung nicht nur nicht aufgehoben, sondern noch verschärft worden. Das ist ein glatter Bruch der Reichsverfassung.

Abg. Emminger (Bayern. Sp.) tritt für Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes ein und schließt sich im übrigen den Ausführungen des bayerischen Regierungsvertreters an.

Die Feier der Reichsgründung.

Die Gedenkrede am 18. Januar.

In allen Teilen des Reichs ist der Tag der stiftigsten Wiederkehr der Reichsgründung festlich begangen worden. Überall sind würdige Gedenkfeiern veranstaltet worden, in denen ohne Unterschied der Partei oder der Stammeszugehörigkeit der entschlossene Wille des deutschen Volkes zum Ausdruck kam, an der Einheit der Nation, am Reiche festzuhalten durch alle Stürme der Zeit. Welsch wurde auch des stammesverwandten Deutschösterreich gedacht, das durch das Diktat der Entente an der Vereinigung mit Deutschland verhindert wird.

Dr. Stresemann über Reich und Kaiserium.

Bei der Reichsgründungsfeier des Reichstags der Deutschen Volkspartei in Berlin hielt Dr. Stresemann eine Rede, in der er betonte, daß es heute gelte, das Reich mit allen Kräften zu erhalten, und daß zu diesem Zwecke die Kräfte gepflegt werden müßten, die das Reich geschaffen haben. Er gedachte in diesem Zusammenhang der deutschen Volksgemeinschaft, und entbot seinen Gruß den deutschen Stammesbrüdern in Deutsch-Oesterreich, Deutsch-Südtirol und in Deutsch-Böhmen. Er hob hervor, daß eine Kulturgemeinschaft aller Deutschen auf dem Erdenrund bestehe und daß der Deutsche auch heute noch als Kulturpionier eine Mission zu erfüllen habe, und zwar nicht gesunken, sondern stolz erhobenen Hauptes. Dr. Stresemann sagte zum Schluß, daß dem Deutschen Reich heute zwei Symbole fehlen, die man früher untrennbar mit ihm verbunden glaubte: die Macht und das Kaiserium. Das Kaiserium könne nur wiederkehren, wenn der Donnerschlag des deutschen Volkes an die Tore des Reichstags schlage. Dann aber dürfe nicht nur, sondern es müsse dem Reiche Folge geleistet werden, und zwar gerade auf Grund des demokratischen Rechtes, das in der heutigen Verfassung verkörpert sei.

Die Gedenkrede im sächsischen Landtag.

Im sächsischen Landtag richtete Präsident Fraehndorf eine kurze Ansprache an das Haus, in der er des 18. Januar als eines denkwürdigen Tages in der Geschichte Deutschlands gedachte. Vor allem gelte es, die Einheit des Reiches zu erhalten und die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu bekämpfen. Die Hauptaufgabe dafür sei Einheit.

Rundgebung an das Heer.

Der Chef der Heeresleitung, General von Seeckt, hat am Gedenktage der Reichsgründung folgende Rundgebung an das deutsche Heer erlassen:

„Vor 50 Jahren ging aus dem einmütigen Willen der deutschen Stämme das Reich hervor. Kraftvoll war diese Einmütigkeit in dem Zusammenwirken der deutschen Völker zum Ausdruck gekommen. Gemeinsame Friedens-

arbeit und gemeinsame Kriegsjahre haben das Band enger und enger geschmiedet.

Heute ist das fest verbundene Heer ein Wahrzeichen der unauf lösblichen Reichseinheit, ein Unterpfand der Zukunft, die nur in Einheit und Einigkeit eine glückliche sein wird.“

In München fand zur Feier des Tages eine Parade der Truppen des Standortes statt. Der Kommandant von Mühl richtete eine Ansprache an die Truppen. Der feierliche Akt fand mit einem Bismarck seinen Abschluß.

Deutschland in Zwangsverwaltung.

Französische Wiedergutmachungspläne.

Der neue französische Minister für die besetzten Gebiete, Douceur, einer der drei „starken Männer“ des Kabinetts Briand, hat in einer Unterredung mit dem Vertreter des Pariser „Journal“ seine Pläne für die Sicherstellung der deutschen Wiedergutmachung entwickelt. Seine Ausführungen gipfeln in der Forderung, daß die Entente die Kontrolle der deutschen Wirtschaft im ganzen Umfang übernehmen müsse, d. h. mit anderen Worten klar und deutlich, Deutschland soll in Zwangsverwaltung genommen werden.

Douceur geht dabei von der Annahme aus, daß die deutsche Regierung über kurz oder lang den Konkurs anmelden und den Alliierten die Führung der Geschäfte überlassen werde. Der Minister ist aber der Ansicht, daß die Alliierten eine solche Einladung gar nicht abwarten sollen, die Entente soll vielmehr die Verwaltung in Deutschland übernehmen, denn sie habe ebensowenig Interesse an dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands wie die deutsche Regierung selbst. Zunächst empfiehlt Douceur eine Herabsetzung der Mark auf ihren wirklichen Wert, d. h. sie werde dann nur noch den vierten oder fünften Teil ihres heutigen nominalen Wertes haben. Dann muß nach Douceurs Ansicht der deutsche Staatshaushalt in Ordnung gebracht werden; dazu gehören sofortige Erhöhung der deutschen Eisenbahntarife, der Postgebühren und der Steuern. Man werde auch für pünktlichen Eingang der Steuern zu sorgen wissen. Ueber die Art und Weise, wie Deutschland seine Entschädigung zahlen soll, sagte Douceur, daß eine Bezahlung in Fertigfabrikaten nicht möglich sei, weil dadurch die französische Industrie allzu sehr geschädigt werden würde. Aber wohl könne Deutschland den größten Teil seiner Ersparnisse durch Kohlen abtragen. Er sei der Ansicht, daß Deutschland eine jährliche Rate von acht Milliarden in Kohle bezahlen könne. Wenn man noch weitere zwei Milliarden an chemischen Produkten, Steuern auf Ausfuhrartikel und sonstige Mittel hinzurechne, so ergäbe das eine jährliche Leistung von 10 Milliarden, die Deutschland tragen könne. Die Zeit zu handeln, sei gekommen, und Frankreich sei bereit, Deutschland unumwunden zu erklären, daß es entschlossen sei, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, um die Entschädigung von Deutschland zu erhalten.

Insoweit die Darlegungen des Ministers seinen wirklichen Ausführungen entsprechen, wird man zunächst noch abwarten müssen. Dann wird sich auch herausstellen, ob Herr Douceur aus der Seele gesprochen hat oder ob er sich der französischen Öffentlichkeit gegenüber nur als der starke Mann zeigen wollte.

Die Drohung mit der Zwangsverwaltung ist auf jeden Fall völlig unberechtigt. Bis jetzt sind wir allen Verpflichtungen nach besten Kräften nachgekommen. Erst in diesen Tagen konnte die deutsche Regierung den Nachweis erbringen, daß die bisherigen Leistungen Deutschlands den Wert von 21 Milliarden Goldmark übersteigen, während wir vertraglich bis zum 1. Mai 1921 nur zu einer Wiederherstellungsleistung im Gegenwert von 20 Milliarden Goldmark verpflichtet sind. Auch die Kohlenlieferungen sind, soweit sie nicht durch höhere Gewalt, wie z. B. durch den niedrigen Wasserstand des Rheins, verhindert worden sind, pünktlich erfolgt. Wozu also diese Drohung mit der Zwangsverwaltung?

Deutschland würde sich einen derartigen Eingriff in seine Staatshoheit niemals gefallen lassen. Darunter bleibt immer noch in erster Linie Deutschlands Recht maßgebend. Die von Douceur geforderte Erhöhung der Steuern, der Post- und Eisenbahntarife kann niemals durch Ententezwang erzwungen werden, sondern sie ist an die Zustimmung der gesetzgebenden Faktoren gebunden, die sich durch Zwangsmassnahmen kaum erzwingen läßt.

In eine die ruhige Entwicklung Europas sichernde Regelung der Entschädigungsfrage ist nur dann zu denken, wenn Frankreich sich auf den Standpunkt stellt, daß das Problem allein auf dem Wege der freien Vereinbarung gelöst werden kann. Seit einigen Tagen hat es den Anschein, als ob die Franzosen sich endlich zu dieser Einsicht durchgerungen hätten. Es sind neuerdings Verhandlungen im Gange, die eine friedliche Lösung der ganzen Entschädigungsangelegenheit erhoffen lassen. In Berlin liegt zur Zeit ein Entschädigungsplan der Entente vor, der sowohl Englands wie Frankreichs Zustimmung gefunden hat und eine deutsche Jahreszahlung von zwei Milliarden Goldmark während der nächsten fünf Jahre vorsieht. Die Entente erwartet nun ein derartiges Anerbieten von uns. Daß diese Forderung unsere Leistungsfähigkeit weit übersteigt, darüber kann kein Zweifel bestehen. Die deutsche Regierung ist trotzdem gewillt, dieser Frage näher zu treten, wenn zunächst eine Verständigung über die Voraussetzungen der deutschen Wiederherstellungsfähigkeit herbeigeführt wird. Unsere Vertreter in Brüssel haben schon darauf hingewiesen, daß unsere Zukunft wesentlich von dem Schicksal Oesterreichs, von der Sicherstellung des deutschen Eigentums im Auslande, der Herabsetzung der hohen Besteuerungen, von der Wiederherstellung der Freiheit des deutschen Handels und von der Rückgabe eines gewissen Teils der deutschen Schiffstonnage ab-

hängt. Ueber diese Punkte muß erst Klarheit geschaffen werden, ehe Deutschland auf die Festlegung der Gesamtsumme verzichtet und sich mit einer vorläufigen Regelung für die nächsten fünf Jahre einverstanden erklären kann.

Die Drohungen Souheurs sind allerdings nicht geeignet, den Verhandlungswillen zu stärken. Es mag sich hier vielleicht auch nur um einen Schreckschuß handeln, um uns zur Annahme des Ententevorschlages zu bewegen. Deutschland wird sich dadurch nicht irre machen lassen. Weder mit Zuckerbrot noch mit der Weltsee werden die Alliierten zum Ziele kommen, einzig allein auf Grund freier Abmachungen unter Berücksichtigung unserer Lebensnotwendigkeiten kann eine endgültige Lösung der Entschädigungsfrage zustande kommen.

Die Abstimmung verschoben?

Die Volksabstimmung in Oberschlesien nicht am 18. März?

Nach übereinstimmenden Meldungen aus London und Paris sollte der 18. März als endgültiger Termin für die Volksabstimmung in Oberschlesien festgelegt sein. Auch in deutschen Kreisen war man im Glauben, daß die Abstimmung spätestens Mitte März stattfinden würde. Inzwischen hat sich die Entente wieder eines anderen besonnen. Offenbar beabsichtigt sie, den Zeitpunkt der Abstimmung noch weiter hinauszuschieben.

Von interalliiertem Seite wird aus Oppeln gemeldet, daß eine Verlängerung der Fristen, die im Abstimmungsreglement vorgesehen sind, nicht zu erwarten ist. Das vorliegende Abstimmungsreglement, so wird erklärt, ist unabänderlich. Ebenso wird es als unzutreffend bezeichnet, daß die Abstimmung am 18. März stattfinden soll. Der Vorschlagsterrain in Paris wird dem Termin feststehen. Dieser wird von Oppeln aus bekanntgegeben, ehe die französische Presse ihn erhält.

Die Alliierten haben also den deutschen Protest gegen die getrennte Abstimmung, die dem Friedensvertrag widerspricht, völlig unbeachtet gelassen. Es gewinnt allmählich immer mehr den Anschein, als ob die Vertragsbestimmungen lediglich von uns peinlich innegehalten werden müssen, während man sich auf der Gegenseite willkürlich über den Vertrag hinwegsetzt.

Die polnischen Missetaten in Carlsberg.

Ueber das Missetat, das sich am Sonntag in dem kleinen, bei Myslowitz gelegenen Ort Carlsberg abgespielt hat, werden noch folgende Einzelheiten mitgeteilt: Am Sonntag gegen 6 Uhr abends erschien in der Fleischerei von Bogutyska eine Bande von 25 bis 30 Mann. Fünf Mann drangen in das Haus und verlangten von der Frau Wurst. Vor der Fleischerei wurde eine Hochzeitsfeier angehalten und der Kutsher ausgefordert, den Raub aus der Fleischerei zu beschleunigen. Als er dies verweigerte, wurde er auf dem Kopf erschossen. Währenddessen hielt in dem Hause der Wurstverkäufer der im Kreise von sechs Kindern stehende Frau, die zudem einen Säugling auf dem Arme hielt, einen Revolver vor die Stirn und forderte Geld. Die Frau brachte es im Betrag von 20 000 Mark. Als sie erklärte: „Warte, ich lenne Sie“, wurde sie durch drei Schüsse erschossen. Ihr Mann holte drei Apotheke und Jibul zu Hilfe. Der Wurstverkäufer Dgarek, Beamter von drei unmündigen Kindern, wurde erschossen, als er den Laden betrat. Dasselbe Schicksal ereilte den Grubenarbeiter Nelonet. Die Wunden eröffneten hierauf ein wahnsinniges Feuer aus Pistolen und Handgranaten, wobei noch vier Personen zum Teil schwer verletzt wurden. In dem Aufkommen von zwei Personen wird gezweifelt. Der Bräutigam erhielt einen Schuß durch den Hals und starb. Die Wunden sind trotz Verfolgung entkommen.

In Bogutyska kam es am Montag bei der Verfolgung eines Verbrechens zu einem regelrechten Hundstau zwischen Feuergefecht zwischen Verbrechensgefecht und der Abstimmungspolizei. Die Beamten wurden mit Pistolen- und Handgranatenfeuer empfangen und mußten sich zurückziehen. Erst nach Eintreffen von Verstärkungen aus Kattowitz konnte die Ruhe wieder hergestellt werden.

Interpellation im Reichstag.

Samtliche Parteien des Reichstages, mit Ausnahme der Unabhängigen und Kommunisten, haben eine Interpellation eingebracht, in der die Reichsregierung gefragt wird, was sie zu tun gedente, um die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit in Oberschlesien herbeizuführen, der durch die Anwesenheit von polnischen Truppen an der ober-schlesischen Grenze geschaffenen Gefahr zu begegnen, und die in dem Abstimmungsreglement für Oberschlesien enthaltene Verletzung der deutschen Abstimmungsrechte zu beseitigen?

Zur Abstimmung in Oberschlesien haben sich, wie der „Wanderer“ mitteilt, innerhalb des Reichsgebietes bislang 216 000 Abstimmungsberechtigte gemeldet. Zu ihrer Beförderung hat der Reichsverkehrsminister 210 Eisenbahnzüge zur Verfügung gestellt.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 20. Januar 1921.

Die deutschen Bergarbeitervertreter werden in der nächsten Vorstandssitzung des internationalen Bergarbeiterverbandes in London den Antrag stellen, gegen die Forderungen der Alliierten auf eine noch größere Lieferung deutscher Steinkohlen Einspruch zu erheben.

— Neue Tarif- und Steuervorlagen. Das Reichskabinett hat, wie ein Berliner Mitteilungsblatt meldet, die Gesetzesvorlage über die Erhöhung des Brief- und Paketpostens bereits verabschiedet, und die Vorlage geht nunmehr dem Reichsrat und sodann dem Reichstag zu. Die neuen Postvorsätze dürften gegenüber den bisherigen geltenden um 50 bis 100 Prozent erhöht werden. Die Erhöhung der Telegraphengebühren geschieht im Verordnungswege. Dagegen muß auch die angeforderte Erhöhung der Telephonabgaben von den abseh-

gebenden Körperschaften genehmigt werden. Beide Maßnahmen, ebenso wie die geplante Erhöhung der Eisenbahntarife, sind noch nicht spruchreif und befinden sich noch im Stadium der Vorbereitung. Das Gleiche gilt von den Steuerplänen des Reichsfinanzministeriums.

— Die deutsch-belgischen Verhandlungen vorläufig gescheitert. Die deutsche Abordnung, die über den Rückkauf der in Belgien befindlichen Markwerte verhandelte, ist, nachdem die Verhandlungen mit der belgischen Regierung ergebnislos verlaufen sind, nach Berlin zurückgekehrt. Nach Entgegennahme neuer Instruktionen sollen die Verhandlungen demnächst weitergeführt werden.

— Massenabwanderung der Deutschen aus Deutschland. Zum Gedächtnis des 18. Januar sprach in der Hamburger Ortsgruppe des Vereins für das Deutschtum im Auslande der bisherige Hauptgeschäftsführer des Allgemeinen Deutschen Schulausschusses in Polen, Zealdirektor Treut über die Lage des Deutschtums in den ehemaligen preussischen Provinzen Posen und Westpreußen. Die von ihm angeführten Tatsachen wirtschaftlicher, politischer und kultureller Unterdrückung der deutschen Bevölkerung lassen für das Frühjahr auf deren Massenabwanderung schließen. Es sei höchste Zeit, daß die Heimat die Deutschen in ihrem Kulturkampf unterstütze, um dadurch das Auswärtigen zu ermöglichen. Für das deutsche Schicksal bereitet der Verein für das Deutschtum im Auslande eine Volksspende vor, die zugleich den Gedanken der Kulturgemeinschaft fördern soll. Mit politischen Zielen hat diese Bewegung nichts zu tun.

— Die Auslieferung des Festungsmaterials der Seeplätze. Die deutsche Regierung hat an die Ministerpräsidenten der alliierten Regierungen die Bitte gerichtet, die Angelegenheit der Auslieferung des Festungsmaterials der Marinefestungen bei der bevorstehenden Tagung des Obersten Rates einer Nachprüfung zu unterziehen. Zugleich ist die Kontrollkommission gebeten worden, die Forderung auf Auslieferung des Materials bis zur Entscheidung des Obersten Rates zurückzustellen.

— Eine deutsche Rheinisch-Westfälische Eisenbahn für Frankreich? Nachdem durch den kürzlich ergangenen Schiedspruch Frankreich 253 000 Tonnen Schiffsraum an Rheinisch-Westfälischen und Schleppdampfern sowie alle Einrichtungen, Docks und Anlagen der deutschen Innenschiffahrt in Rotterdam zugesprochen worden sind, hat der französische Minister der öffentlichen Arbeiten die Ueberlassung der bekannten Weidertischen Werft in Ruhrort an Frankreich gefordert. Für diese Forderung besteht kein Anhalt im Friedensvertrage. Deutschland wird daher eine ablehnende Stellung einnehmen.

— Kein Streik der Eisenbahner. Der Vorstand des deutschen Eisenbahnerverbandes, der größten der im Schiedsgericht vertretenen Organisationen, hat sich in geheimer Abstimmung mit 51 gegen 20 Stimmen für die Annahme der Zugeständnisse der Regierung erklärt. Damit ist die Gefahr eines Streiks erledigt. Die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter hat nach langen Vorgesprächen sich ebenfalls für die Annahme der Vorschläge erklärt, und ebenso hat die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner (Arbeiter) beschlossen, das Abkommen mit der Regierung einzuhalten. Die Entscheidung des Allgemeinen Deutschen Eisenbahnerverbandes dürfte kaum ein anderes Ergebnis bringen. Damit dürften die Lohnkämpfe im Bereichsweifen des Reiches, die wochenlang die Öffentlichkeit beschäftigten, beendet sein.

— Kommunistische Gewaltandrohung gegen eine Zeitung. Das „Limbacher Tageblatt“ in Limbach (Sachsen) hat von der kommunistischen Betriebszentrale den „Befehl“ erhalten, ihre angebliche arbeiterfeindliche Haltung zu ändern, widrigenfalls werde man mit Gewalt gegen das Blatt einschreiten. Das „Limbacher Tageblatt“ hat selbstverständlich schärfsten Protest gegen dieses Ansehen erhoben und bei dem Staatsanwalt Anzeige gegen die Betriebszentrale erstattet.

Die Deutschböhmern an Reichspräsident Ebert.

Am Anlaß des 50. Jahrestages der Gründung des Deutschen Reiches hat der deutsche parlamentarische Verband der Abgeordneten und Senatoren der tschechoslowakischen Republik die Absendung eines Telegramms an den Reichspräsidenten Ebert beschlossen, in dem ihm als obersten Vertreter des deutschen Reiches der Gruß Deutschböhmens entbieten wird. Abgetrennt vom Mutterland, so heißt es in dem Telegramm, fühlen die Deutschböhmern um so mehr die gemeinsamen Bande, die das deutsche Volk der Tschechoslowaken mit dem deutschen Volkswesen in Kultur, Festung und geistigen Anschauungen verbinden, und geben diesen Gefühlen begeistert Ausdruck. Möge die Zeit der Prüfungen und Bedrückungen für das deutsche Volk bald enden und ihm sein natürliches und unveräußerliches Recht auf Selbstbestimmung in einer wahrhaft demokratischen Völkergemeinschaft Europas gewährleistet werden.

Austritt des badiischen Arbeitsministers.

Im badiischen Landtag wurde mitgeteilt, daß Arbeitsminister Rüdert vom Amte zurückgetreten ist und daß sein Nachfolger aus den Reihen der sozialdemokratischen Partei, der Rüdert angehört, in den nächsten Tagen gewählt wird. Der Grund des Austritts ist in der verunglückten Siedlungsangelegenheit in Hagenschloß bei Forstheim zu suchen, bei der der badiische Staat mehrere Millionen verloren hat.

Zerbrechen des Glolitti bei der Ministerpräsidenten-Konferenz.

Da die Konferenz der Ministerpräsidenten verschoben werden mußte, ist Glolitti an der Teilnahme verhindert, weil die Pariser Tagung mit der Wiedereröffnung der italienischen Kammer zeitlich zusammenfällt. Graf Forza wird auf der Tagung Italien vertreten. Glolitti hat die Richtlinien der italienischen Tendenzen bereits festgelegt.

Polnische Heuchelei.

Wie der „Voss. Stg.“ aus Breslau gemeldet wird, hat die polnische Regierung auf die deutschen Noten über die angeblichen polnischen Waffenorganisationen in Oberschlesien folgende Antwort an den Völkervertrat gerichtet:

„Unabhängig der deutschen Noten an den Völkervertrat und die Regierungen der Großmächte über die angebliche Konzentration polnischer Truppen an der deutschen Grenze, insbesondere aber an der Grenze Oberschlesiens, ferner über angebliche polnische Vorbereitungen für einen Gewaltakt in Oberschlesien stellt das Außenministerium fest, daß alle diese Nachrichten jeder Grundlage entbehren. Die Truppenvermehrung in den Garnisonsstädten hängt einzig und allein mit ihrer Demobilisation (1) zusammen, und zwar wird jedes Regiment in derselben Garnisonstadt aufgelöst, wo das Reservebataillon gestanden hat.“

Nach den bisherigen Erfahrungen kann das neueste Musterbild polnischer Heuchelei nicht weiter überraschen.

Neue Schlacht in Gort.

In der sibirischen Stadt Gort, die bei der letzten Reaktion der britischen Polizeitruppen zum größten Teil eingekesselt worden ist, haben sich neue heftige Straßenkämpfe zwischen den Einwohnern und einrückenden Militärabteilungen abgespielt. Angeblich wurden aus den Fenstern auf die Truppen geschossen, die das Feuer mit Maschinengewehren erwiderten. Die Verluste sollen auf beiden Seiten sehr groß sein.

Überprüfung des Berliner Sowjetvertreter.

Der Vertreter der Sowjetregierung in Berlin, Wiktor Kopp, hat seinen Abberufungsbescheid von der Moskauer Regierung erhalten. Sein Nachfolger ist noch nicht bestimmt.

Rundschau im Auslande.

- Die „Times“ meldet, wird der vom Bälterbundrat zum ständigen Oberkommissar in Danzig ernannte General Galling gegen den 24. Januar in Danzig eintreffen.
- Die belgische Regierung hat einigen französischen Werften den Bau von vier Kriegsschiffen übertragen, die den Grundstock der im Werden begriffenen belgischen Flotte bilden sollen.
- Sämtliche kampffähigen Geschwader der englischen Atlantikflotte sind aus Portland nach dem japanischen Ozean in See gegangen. Es ist das größte Flottenmanöver seit Ausbruch des Krieges.
- Die Annunzio hat Plume verlassen. Er wird sich in der Nähe von Paris niederlassen und erklärte, daß er sich seine zukünftige Handlungsfreiheit vorbehalte.

Oesterreich: Aufschlußkundgebungen in Wien.

Am 18. Januar veranstaltete die Wiener Studentenschaft eine große Kundgebung für den Anschluß an Deutschland. Die Studenten zogen unter Führung der Rektoren zum Parlament, wo eine Anordnung unter Führung der Rektoren und des Obmanns der großdeutschen Volkspartei, sowie mehrerer großdeutscher Abgeordneter dem Bundeskanzler Dr. Mach eine Entschließung überreichte, in der gefordert wird, daß die Regierung die zur Durchführung des Anschlusses an Deutschland geeigneten Maßnahmen unverzüglich treffe. Verhandlungen zwischen Wien und Wien einleitete und die Volksabstimmung darüber durchführe. Dr. Mach erwiderte, er nehme die Entschließung zur Kenntnis und werde sie im Schoße der Regierung zur Beratung bringen. Zur Sache direkt könnte er im Augenblick mit Rücksicht auf die internationale und die Lage Oesterreichs nicht Stellung nehmen, doch dürfe er der Abordnung versichern, daß er gleichfalls sehr warm national fühle, sowie ihren Standpunkt und den Standpunkt des ganzen Volkes voll zu würdigen verheße.

Frankreich: Das Programm der Pariser Konferenz.

Die Pariser Konferenz der Entente-Minister ist nun endgültig auf den 24. Januar festgesetzt. Ueber das Programm der Konferenz erfährt Reuters aus zuverlässiger Quelle, daß auch andere Fragen als die Entwaftung Deutschlands, die Frage der Reparationen und der Vertrag von Sevres in den Kreis der Beratungen gezogen werden würden. Es könnte sein, daß man sich auch mit der Gefahr beschäftigen werde, die durch einen Zusammenbruch Oesterreichs entstehen könnte. Am kommenden Sonntag würden Lloyd George und Lord Curzon mit anderen amtlichen britischen Vertretern nach Paris reisen. Churchill und andere englische Vertreter würden sich gleichzeitig in Paris aufhalten, um mitigenfalls von der Konferenz zu Rate gezogen zu werden.

Frankreich: Wie Frankreich seine Kriegsschulden abzahl.

Trotz aller Ablehnungsversuche steht es jetzt fest, daß die Franzosen einen großen Teil der deutschen „Wiedergutmachungs“lohlen, die Deutschland allmonatlich in der Höhe von über 2 Millionen Tonnen an die Entente abliefern muß, an die Neutralen mit großem Gewinn weiterveräußern. Allmählich werden auch über die Verwendung der hierbei erzielten Gewinne allerlei Einzelheiten bekannt. Man weiß, daß Frankreich sich augenblicklich bemüht, seine Kriegsschulden an Amerika abzudecken und daß hierzu die Gewinne aus den deutschen Kohlenlieferungen verwendet werden. Zu dem gleichen Zwecke werden von Frankreich die nach Schweden gesandten bolschewistischen Goldvorräte aufgefauft. Ferner wird aus sicherer Quelle bestätigt, daß die französische Regierung demnächst die erste Zahlung der Verschuldung von 455 Millionen Reichsmark, welche ein französisches Konfiskationsamt im Jahre 1918 vorgefunden hat, leisten wird. Auch hierzu werden die Kohlengewinne verwendet werden.

Gerichtssaal.

In lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Der Reichspräsident hat den Elektrotechniker Zimmermann, der vom Schwurgericht in Wachen wegen Ermordung zum Tode verurteilt war, zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt.

Volkswirtschaftliches.

Die Aufwärtsbewegung des Marktes ist nach dem mehrmaligen sprunghaften Emporschnellen zum Stillstand gekommen. Die amtlichen Notierungen am 18. Januar verzeichnen eine leichte Erholung der ausländischen Zahlungsmittel, gleichzeitig wird eine Abschwächung der Reichsmark an den ausländischen Börsenplätzen gemeldet. Offenbar war die vorübergehende Besserung der deutschen Baluta nur die Folge einer amerikanischen Absehnation. Die Hoffnungen auf eine weitere Erholung der Reichsmark dürften nach den bisherigen Erfahrungen leider unerfüllt bleiben.

Aus Stadt und Land.

Schwere Störungen im Fernsprechverkehr. Die Schneefälle und Stürme der letzten Tage haben dem Fernsprechverkehr im ganzen Reich stark beeinträchtigt. Eine ganze Reihe von Leistungen ist gestört. Der Fern-

Prechtberche nach Wien, nach der Schweiz, nach Frankreich und dem Ost ist vollständig unterbrochen. Von deutschen Städten sind auf direkten Leitungen Mannheim, Nürnberg, Stuttgart und Köln von Berlin nicht zu erreichen. Die Straßen nach Kassel, Düsseldorf und Frankfurt a. M. sind auch stark in Mitleidenschaft gezogen und konnten nur mit Mühe für den amtlichen Verkehr freigehalten werden, der auf allerlei Nebenwegen umgeleitet werden musste.

Heringsmassen vor den deutschen Küsten. Die waltige Fischfänge trafen wieder in Harnum ein, wo etwa vierzig Fahrzeuge gleichzeitig einliefen. Zwischen Nordstrand und Pellworm liegen immer noch so gewaltige Heringsmengen, daß die Kookstiele durch Schwärme förmlich emporgehoben werden. Die Reue sind innerhalb einer Stunde so überfüllt, daß die Fischer sie auseinander schneiden müssen, um sie heben zu können. Derartige Heringsfänge sind seit Menschengedenken nicht mehr vorgekommen.

Schiffungung an der Nordsee. Der Rieder Schleppdampfer „Nordstern“ mit zwei letzten Schuten von Rotterdam nach Kiel bestimmt, ist Montag nachmittag bei schwerem Südweststurm auf Groß-Bogelstrand gestrandet und total verloren gegangen. Der Mast und der Schornstein ragen noch aus dem Wasser hervor. Hilfe konnte nicht gebracht werden, weil man an das Schiff nicht herankommen konnte. Sow der Besatzung des Schleppdampfers sind der Kapitän und vier Mann ertrunken, nur der 65 Jahre alte Koch, der sich über 18 Stunden am oberen Teil des Schornsteins festgehalten hatte, ist gerettet und durch den Schlepper „Neuwerk“ in Cuxhaven total erschöpft gelandet worden. Von den Schuten ist nur eine geborgen und hier eingebracht worden; aber den Rest der anderen ist nichts bekannt.

Ostfriesische Schafe (Hammel)

verkauft zur Mast
Maschinenfabrik Dippoldiswalde,
Erich Böhme.

Zöpfe! Haarunterlagen!

In großer Auswahl. Von gefärbten, ausgefärbten Haaren werden Zöpfe und alle modernen Haararbeiten zu realen Preisen angefertigt. Neugeordnete und verblüdete Zöpfe sowie Haararbeiten werden gefärbt und aufgearbeitet. Gegen hohe Bezahlung fester Anlauf von ausgefärbten Haaren.

Reparaturanstalt f. Rämme, Spangen und Pfeile
Hugo Gnowuchs Friseurgeschäft,
Kreppollen! Schmiedeberg. Loser Krepp!

Deutsche Kernseife

Doppelpack 5,60 M.
Toiletten- und Badeseife sehr preiswert.
Desgleichen traf neu ein: ff. Marmelade, Pfd. 3,25 M., Sirup, gute Qualität sowie heimische
Fisch- Grün- und Obstwaren.

Markthalle Ewald Heimann.

Sie sofort gesucht ein tüchtiges
Hausmädchen
in Pension Stanz, Wärenfels.

Suche für 1. Februar oder
früher einen ordentlichen
Knecht.
Angebote unter „N 3.“ an die
Geschäftsstelle erbeten.

Großer
Schäferhund
entlaufen.
Reimsfabrik Gombien.

Konfirmation-
Schirme
empfl. ist billigst
Carl Reichel, am Markt.

Ein guter
Koch- und Zughund
zu verkaufen.
Hansdorf 37 B.

Eine hochtragende
Zuchtkuh
verkauft Köhlinger, Mühlstr.

Zwei tragende
Ziegen
neben zum Verkauf. Wo, sagt
die Geschäftsstelle.

Eine größere
Wirtschaft
oder mittleres
Gut

sofort zu pachten oder zu kaufen
wünscht. Martin Berger, Giesb.,
Post Dippoldiswalde.

Freibank
heute nachmittag 5 Uhr.

Freitag und Sonnabend
Fohlenfleisch
und
Bratwurst
Kochschlächterei S. Lieber.

Sch verkaufe:
einen Ueberzieher, eine Küchen-
und Waschgarnitur, neu, versch.
Töpfe, eine Trompete.

August Martin,
Rittergast Reichsstadt.

4000-5000 M.
aus Privat gegen d. Sicherheit,
hohe Zinsen und Vergütung auf
1 Jahr zu leihen gesucht. Off-
unt. „N. 100“ an die Geschäfts-
stelle erbeten.

Kaninchen
verkauft
Hemming, Postgut.

Zafell oder
druckt in jeder
gewünschten
Ausführung die
Buchdruckerei
von Carl Jehne

Zafell oder
druckt in jeder
gewünschten
Ausführung die
Buchdruckerei
von Carl Jehne

Zafell oder
druckt in jeder
gewünschten
Ausführung die
Buchdruckerei
von Carl Jehne

Zafell oder
druckt in jeder
gewünschten
Ausführung die
Buchdruckerei
von Carl Jehne

Zafell oder
druckt in jeder
gewünschten
Ausführung die
Buchdruckerei
von Carl Jehne

Ueberfälliger Fischdampfer. Starb Ueberfällig
ist der in der Nordsee fahrende Fischdampfer
„Senator Wihahelles“. Man hat aber seinen Ver-
bleib erstarb Besorgnisse. Er ist heute bereits den
18. Tag unterwegs.

Mord und Selbstmord. Bei der Festnahme
des aus der Untersuchungshaft im hiesigen Kranken-
haus in Wittberg entflohenen Dreher's Sohne, der
sich in der Wohnung seiner Eltern anstellte, erschoss
dieser im Pleierth dem Bandlagers Geisert und ver-
wundete den Bandlagers Rogt schwer. Geisert, der so-
fort flüchtete, hat sich dann selbst erschossen.

Verhaftete Menschenhändler. Wie die „Frank-
furter Zeitung“ meldet, wurde in Heidelberg ein Schrei-
ger aus Frankfurt verhaftet, der des Verbetätigung
für die Fremdenlegion überführt werden konnte. Ein
zweites Verbet der Fremdenlegion, ein Koch aus dem
Elsass, der Verbetgelder in Höhe von 25 000 Mark
bei sich führte, wurde gleichfalls festgenommen.

Amerikanische Wohltäter. 500 000 Ellen Fla-
nell im Werte von elf Millionen Mark und außerdem
einige hundert Tonnen Kleidungsmaterial, zusammen
einen Wert von über 20 Millionen Mark darstellend,
sind, wie das deutsche Rote Kreuz mitteilt, jüngst aus
Amerika nach Deutschland gesandt worden zur Ver-
teilung an die notleidende deutsche Bevölkerung. Diese
Spende beweist, daß das amerikanische Hilfswerk
noch immer in Wachen begriffen ist. Die Spende ist
eine Stiftung des Amerikanischen Roten Kreuzes und
wird veranlaßt worden durch die vor kurzem erfolgte
Gründung des „European Relief Council“, dem das
Amerikanische Rote Kreuz und andere wohltätige Or-
ganisationen angehören und dessen Interessen in
Deutschland besonders von der „Gesellschaft der
Freunde“ (Quaker) vertreten werden.

Letzte Nachrichten.

**Bisher 210 000 Abstimmungsberechtigte
im Reich gemeldet.**

Nach einer Meldung des „Oberstl. Wanderer“ haben sich
zur Abstimmung in Oberschlesien bisher 210 000 außerhalb
Oberschlesiens wohnende Abstimmungsberechtigte gemeldet.
Es ist anzunehmen, daß die endgültige Ziffer höher sein
wird.

Das amerikanische Heer.

Amsterdam. Der amerikanische Senat hat gemäß dem
Wunsche des Kriegsministers eine Entschlieung angenommen,

Boranzige!

Sonnabend den 22. Januar findet im

Gasthof Naundorf
öffentlicher Hausball
statt.

Erwerbslosen - Versammlung
der Stadt und Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde
Sonnabend den 22. Januar nachmittags 3 Uhr in der „Reichskrone“
zu Dippoldiswalde.
Erwerbslose erscheint alle. Die Einberufer.

Preiswertes Angebot!

Schuhwaren
aller Art.
Moderne Paßformen. Gute Qualitäten.
Desgleichen empfehle
Konfirmationstiefel,
ferner mein Lager in
billigen, guten Filzwaren.

Kurt Roche,
Schuhwarengeschäft und Reparaturwerkstatt,
Brauhausstraße 310.
Bitte beachten Sie mein Schaufenster!
Von heute ab
sind meine Waren um 10% herabgesetzt.

Naturheilbad „Zukunft“

Dippoldiswalde, Freiburger Platz.
Gicht, Njgias, Rheumatismus, Herz, Nerven, Nieren, Blasen-
Frauenleiden behandeln naturgemäß mit elektr. Licht, Elektrizität
Wasser und Massagen. — Massage Tumor-Brandt.
Behandlungen auch außer der Kurzeit. — Urin Untersuchung.
Otto Ell, Naturheilkundiger und Frau, ärztlich gepr. Wasseuse.

Anstfärberei,
chem. Waschanstalt,
Fellfärberei,
Hutumpresserei,
Handschuhfärberei,
Handschuhwäscherei
Franz Zeidler's Nachfolger
Theodor Kunst.

Drucksaagen für die Industrie druckt Carl Jehne

wonach das stehende Heer auf 175 000 statt auf 150 000
Mann festgelegt wird. Das Shipping Board ordnet an,
daß 30 Schiffe mit insgesamt 180 000 Tonnen Wasser-
drängung außer Dienst gestellt werden.

Fallen der Preise für Genussmittel.

Hamburg. In Hamburg sind die Großhandelspreise für
die Genussmittel stark im Fallen begriffen, besonders für
Kaffee, Kakao und hauptsächlich für Reis.

Die neuen Steuern.

Berlin, 19. Jan. Wie zuverlässig verlautet, befinden sich
im Reichsfinanzministerium folgende Steuererlasse in Vorbe-
rathung: eine Junggefellenssteuer, eine erhöhte Umfahsteuer,
eine Kohlensteuer und eine allgemeine Verbrauchssteuer.

Sächsisches.

Niederzauerndorf. In diesem Orte, einem der
drei in der Amtshauptmannschaft, in denen die Maul-
und Klauenseuche bisher noch nicht aufgetreten war, ist die
Seuche nunmehr ebenfalls ausgebrochen.

Dixitz. Der Stadtmagistrat beschloß, eine von zwei
Wohnstückenforschern festgestellte Quelle für die städtische
Wasserleitung zu erschließen und hierfür ein vom Stadtrat
Zustimmung gestiftetes Kapital von 100 000 Mark zu ver-
wenden.

Sachsen. Ein Teil der Bevölkerung hat in einer
Versammlung durch Entschlieung entschieden, daß er,
wenn das geplante Kriegedenkmal statt auf den Friedhof
auf die Bahnhofstraße komme, er sich gezwungen sehen
würde, die Namen ihrer Gefallenen für das Denkmal zu ver-
weigern und die geleisteten freiwilligen Denkmalsbeiträge
zurückzufordern.

Rochlitz. Im nahen Rottwitz wurde ein Einbruch
verübt, wobei 50 000 M. in Wertpapieren und über 8000 M.
in barem Gelde gestohlen worden sind. Die Diebe wurden
er: sie ihre Beute in Sicherheit bringen konnten, auf dem
Bahnhof in Rarzdorf ermittelt und festgenommen. Einer
der Verhafteten konnte seinem Transporteur dadurch ent-
weichen, daß er aus dem Zuge sprang. Er konnte noch
nicht wieder ergriffen werden. Von den Verbrochern führte
einer einen Revolver bei sich.

Zwickau. Es sind Bestrebungen im Gange, das hiesige
Stadttheater in ein Städtebundtheater unter Einfluß der
Städte Weiden, Grimnitzschau, Wachsenau, Meerane und
Reichenbach umzuwandeln.

Gertrud Gemeinert
Oscar Eckardt

z. Z. Saarbrücken
danken zugleich im Namen Ihrer Eltern
herzlich für die zu Ihrer Verlobung er-
wiesenen Aufmerksamkeiten.
Saarbrücken, den 15. Januar 1921

Für die uns anlässlich unserer Vermählung
so überaus zahlreich erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen
wir allen zugleich im Namen unserer Eltern unsern
herzlichsten Dank.

Schmiedeberg, Bez. Dresden, im Januar 1921.

Lehrer Walter List
und Frau Gertrud, geb. KlöB.

Männergesangverein „Eintracht“ zu Seifersdorf.

Sonntag den 23. Januar abends 7 Uhr
großes Konzert
im Gasthof zum „Erbgericht“.
Chöre, Theater u. humoristische Vorträge.
Hierauf feiner Ball.
Um zahlreichen Besuch bittet
der Gesamtvorstand.

Mäntchen-Züchter-Verein Schmiedeberg und Umgegend (alter Verein).

Sonnabend den 22. Januar in
Schems festlich dekoriertem Saale
3. Stiftungsfest
bestehend in 3 the. und
Mandolinen-Konzert
vom Dresdner Zitherklub, humoristischen Vorträgen vom
Komiker Ober-Dresden.
Anschließend Ball.
Anfang Punkt 7 Uhr.
Hertz werden alle Mitglieder und Gönner des Vereins herzlich
eingeladen.

Bratheringe von neuen Heringen

in 4 Liter-Dojen ca. 22 Stück Inhalt per Dose M. 30 —
in 8 Liter-Dojen ca. 45 Stück Inhalt per Dose M. 59 —
Frische und getrocknete Fische zum äußersten Tagespreis.
Fischindustrie Hellbrook, G. m. b. H.,
Hellbrook-Hamburg 33.

Geld und Geldeswert.

Jedermann bei uns kauft auf die hohen Lebensmittelpreise und erweist sich über die teure Lebenshaltung, aber viele Leute wollen nicht glauben, daß eine große Schuld für diese schlimmen Verhältnisse darin zu suchen ist, daß wir zu viel Papiergeld haben. Bzwiel davon kommt ihnen durchaus nicht als ein Uebel vor, im Gegenteil; sie erkennen nicht, daß der Wert, das heißt die Kaufkraft, dieses Geldes immer tiefer sinkt, je mehr Papiergeld gedruckt wird. Die Leute meinen, alle Waren würden teurer. Das stimmt nicht, sondern das (Papier)Geld verliert an Wert. Der Beweis dafür ist leicht gebracht. Wer noch Zwanzigmarsstücke besitzt, würde dafür mindestens zehnmal so viel kaufen, wie für einen Zwanzigmarschein, er würde also z. B. für drei Berliner Kartoffeln 4-6 Goldmark bezahlen. Die Kaufkraft (der Wert) des alten guten Geldes aus Edelmetall ist ungebrochen, sie ist etwa zehnmal höher, als diejenige des vervielfachten, im Werte gesunkenen Papiergeldes. Für die Preisveränderungen der Schieber und Schleihändler kann natürlich auch die Goldmark nicht.

Die Ursache für die Verteuerung der Waren liegt also mit an dem Papiergeld und zwar in seiner Menge. Wie kann dies aber entwertet werden, da auf allen Geldscheinen der Wert klar und sauber aufgedruckt ist? Die Sache geht so zu. Alles Geld in Form von bedrucktem Papier bedeutet an und für sich nur einen Pfennig-Wert. Das Blatt Papier hat keinen höheren Wert, mag der Papierpreis auch noch so hoch sein. Der aufgedruckte Wert entsteht erst dadurch, daß hinter dem Papiergeld die Deckung in Edelmetall, in Gold oder Silber, steht. Und wenn diese Deckung auch nicht für jeden einzelnen Schein in der Staatsbank auf dem Tische liegt, so muß der Staat doch so solid sein, daß man ihm zutrauen kann, er werde unter günstigen Verhältnissen für sein Papiergeld Gold oder Silber zahlen. Nach der größeren oder geringeren Solidität des Staates, nach seinem Vermögen, richtet sich also der Wert seines Geldes. Wer einen alten Kurszettel aus der Friedenszeit noch in einem Schubfach zu liegen hat, kann dies klar daraus erkennen. Damals gehörten die deutschen Banknoten und Papiere zu den solidesten in der ganzen Welt und wurden entsprechend bewertet, das heißt hoch bezahlt. Es ist mit Staatsnot nicht anders, wie mit Privatpersonen. Wenn ein unglücklicher Kantonist viele Wechsel oder Schuldscheine ausstellt, so bedankt man sich für die Annahme, weil man gar nicht weiß, ob der Mann zahlen wird.

Warum sinkt nun heute der Wert des Papiergeldes, je mehr gedruckt wird, während dies früher nicht der Fall war? Weil früher die Vermehrung des Papiergeldes im Verhältnis zur wirklich vorhandenen Metalldeckung erfolgte; man riskierte also nichts mit der Annahme. Heute ist diese verhältnismäßige Deckung aber nicht mehr vorhanden, der Betrag des Papiergeldes ist viel zu groß geworden. Und wir haben viel Gold an die Entente bereits zahlen müssen. Es ist also sehr einfach: Je mehr Geldscheine wir drucken, um so geringer wird für das Deutsche Reich unter den heutigen Verhältnissen die Möglichkeit, diese Banknoten einmal in Edelmetall umzurechnen. Damit sinkt das Vertrauen zu uns und zu unserer Zettelwirtschaft, der Wert fällt oder kann doch nicht wesentlich steigen, und der Warenpreis bleibt hoch. Wichtig: Wir bekommen für Papiergeld weniger als für Goldgeld!

Die Not zwingt uns, innerhalb Deutschlands die Papiermark als solche unverändert zu lassen, aber ihr Wert wird bestimmt durch den Kredit, das Vertrauen des Auslandes, von dem wir so viel kaufen müssen. Und daran kann sich nichts ändern, denn die 60 Millionen Deutsche können sich nicht durch eine „hinterhältige Mauer“ abschließen, wenn wir menschenwürdig leben wollen. Wir können diesen Wertstand (Zielstand) der Mark nur bessern, wenn wir der Welt den Beweis liefern, daß wir ein reicheres Vermögen besitzen, als diese Eisenbahnzüge ausmachenden Ladungen von Papiergeld. Dann erhalten wir Kredit, und da wir keine genügenden Goldmengen haben, so müssen wir Waren oder Fabrikate aufweisen, die wir an das Ausland gegen dessen höher bewertetes Geld verkaufen können.

Es ist klar, daß von unserem Geld, wenn es wieder höheren Wert hat, nicht mehr solche Umengen ausgegeben zu werden brauchen, wie heute. Dann gibt es kein höheres Ziel, als die Begrenzung des Notenumlaufes durch geeignete Mittel. Zu diesen geeigneten Mitteln gehört aber nicht das Hamstern und Verschleiden von Papiergeld, dadurch wird das Uebel nur schlimmer. H.

Soziales.

Wiederherstellung der Arbeitnehmerfreizügigkeit. Der sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates befaßte sich dieser Tage mit einem vom Reichswirtschaftsministerium vorgelegten Entwurf für die Abänderung der Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung vom 25. April 1920. Es handelt sich um die Aufhebung der Bestimmungen, die die Entlassung nach dem 1. August 1914 ausgesogener Arbeitnehmer ermöglichen. Aus der Debatte ging hervor, daß alle Kreise an der Aufhebung dieser die Freizügigkeit behindernden Bestimmungen interessiert seien, insbesondere die gelernten Arbeiter und die Angehörigen aller Art. Doch glaubte die Mehrheit des Ausschusses eine gewisse Sicherheit gegen einen großen Zustrom nach Gebieten, wo ohnehin Arbeitslosigkeit herrscht, z. B. den Großstädten, schaffen zu müssen, und schloß sich folgendem Antrag Hiesel an:

Die Einstellung von Arbeitnehmern, die aus anderen Orten zuziehen, unterliegt der Genehmigung des Demobilisierungsausschusses. Die Genehmigung muß erst erfolgen, wenn durch den zuständigen Arbeitsnachweiser

des Ortes dem Arbeitgeber nicht eine gleichwertige Arbeitskraft vermittelt werden kann. Ob die Arbeitskraft gleichwertig ist, entscheidet der Demobilisierungsausschuss endgültig.

Arbeiterwochenkarten für alle Lohnangehörigen. Der sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates hatte an das Reichsverkehrsministerium den Antrag gestellt, die Benutzung von Wochenrückfahrkarten zur einmaligen Hin- und Rückfahrt auf Angestellte auszuweiten. In seinem Antwortschreiben stellt der Reichsverkehrsminister folgende Regelung in Aussicht: „Die Tarifbestimmungen über Arbeiterrückfahrkarten werden in nächster Zeit grundsätzliche Veränderungen erfahren. Die bisherige Beschränkung auf Verkehrsverbindungen von höchstens 50 Kilometer Entfernung und ihre Verabfolgung nur an Personen, die mit mechanischen oder Handarbeiten beschäftigt sind, wird fallen gelassen. Die Karten sollen vielmehr künftig der Regel nach auf Entfernungen von 21 bis 100 Kilometer, in Ausnahmefällen mit Genehmigung der zuständigen Eisenbahndirektion auf Entfernungen bis 250 Kilometer ausgedehnt werden, und zwar an alle gegen Gehalt oder Lohn beschäftigten Personen, also auch Beamte, Angestellte, Bedienstete und sonstige zur Berufsausbildung beschäftigte Personen. Der Preis der Arbeiterrückfahrkarten für das Kilometer der Fahrt wird zugleich auf die Hälfte des Einheitspreises 4. Klasse festgesetzt.“

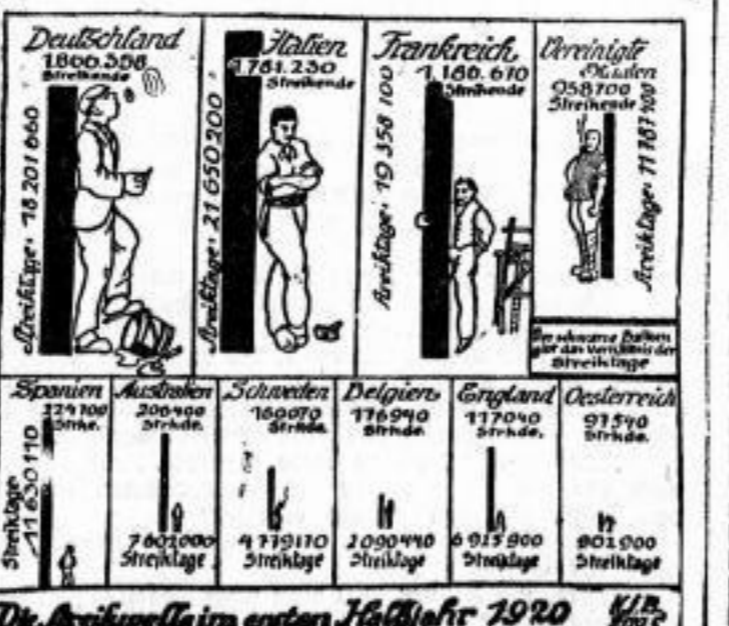
Einstellung in die Reichswehr. Beim Reichswehrministerium gehen zahlreiche Gesuche um Einstellung in die Reichswehr ein. Diese müssen, wie die „D. M. Z.“ mittelt, vom Reichswehrministerium an die Wehrkreisverwaltungen weitergegeben werden, da die Einstellung in den Händen der Truppen- und Wehrkreisverwaltungen liegt. Es ist deshalb einfacher, wenn die Gesuchsteller ihre Anträge von vornherein an den gewöhnlichen Truppenteil oder an ein Wehrkreisverwaltungsamt senden. Anträge auf Einstellung als Unteroffizier sind zwecklos, da sämtliche Unteroffizierstellen besetzt sind. Ebenso können auch Anträge Bewerber nicht berücksichtigt werden, da Bewerber nur in beschränkter Zahl Verwendung finden können und diese Zahlen bereits erreicht sind. Wehrkreisverwaltungsämter befinden sich in Königsberg, Stettin, Berlin, Dresden, Stuttgart, Münster und München.

Gerichtssaal.

Fürst von Eulenburg endgültig verhandlungsunfähig. Der jetzt 74 Jahre alte Fürst Philipp Eulenburg, der noch immer unter der Anklage des Meineides steht, den er 1907 im Prozeß des Grafen Hottel gegen Maximilian Harden geleistet haben soll, wird nicht mehr vor Gericht erscheinen müssen. Der Fürst ist zwar einmal von den verdienstlichsten Ärzten und unermüdet auf seine Verhandlungsfähigkeit untersucht worden. Die Untersuchungen haben übereinstimmend eine fortgeschrittene Verschlechterung des Zustandes des Angeklagten ergeben. Sämtliche Sachverständigen sind zu dem Ergebnis gekommen, daß der Fürst nicht verhandlungsfähig ist. Der Rechtsausschuß der Preussischen Landesversammlung, der sich vor kurzem mit dem Gesundheitszustand des Angeklagten befaßte, hat daraufhin beschloffen, von weiteren Untersuchungen abzusehen, da die inzwischen auf Anregung des Rechtsausschusses vorgenommene neue Untersuchung ein Ergebnis gehabt habe, das mit dem anderen Gutachten übereinstimme und endgültig die Verhandlungsunfähigkeit des angeklagten Fürsten als festgestellt zu betrachten sei.

Die Münchener Waffenverschöbung. Nach dreitägiger Verhandlung verurteilte das Schöffengericht München in dem Prozeß gegen Dobner und Pracher und Genossen wegen Betrags militärischer Geheimnisse das Urteil. Der Ententepion Pracher wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Sein Helfershelfer Vest wurde wegen Erpressungsversuchs zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Die übrigen Angeklagten, darunter der Hauptzeuge der Sozialisten für ihre schweren Anschuldigungen gegen die Polizeidirektion München, Reichswehrsoldat Dobner, wurden freigesprochen. Die Beweisaufnahme beschränkte sich, dem „Berl. Tagebl.“ zufolge, auf die Feststellung, daß die deutschen Epigonen der Münchener Ententekommission die von ihnen der Entente demontierten Waffen- und Motorenlager des doppelten Wertes halber vor dem Zugriff der Kontrollkommission rasch noch an andere deutsche Interessenten zu verschleiben oder Schmelzgeleider von ihnen zu erpressen suchten. Soweit es dabei sich um wirkliche Waffenverstecke und Waffenverschöbungen handelte, blieb in der Verhandlung unberührt.

Unter belgischer Justiz. Der Landrat von Neuss Freiliger von Quenink, erhielt vom belgischen Kriegsgericht in Vaden sechs Monate Gefängnis und 10 000 M. Geldstrafe wegen Ungehorsams gegen einen militärischen Befehl. Er hatte es unterlassen, eine von ihm angeforderte Nachweisung über Automobile rechtzeitig zu liefern.



Dr. Armin v. Müller im ersten Halbjahr 1920

Scherz und Ernst.

W. Wanderteil vom Gummibaum. Die eigentliche Heimat des Gummibaums ist Ostindien. Dort wächst er besonders in feuchten Wäldern. Bei richtiger Behandlung kommt er bei uns als Zimmer- und Topfpflanze sehr gut fort. Viel kommt auf die Beschaffenheit der Erde im Topfe an. Der Gummibaum verlangt nahrhafte Erde, am besten eine Mischung von Laub-, Heide- und Mistbeerde, der man etwas Lehm und Flußsand zusetzt. Während der Wachstumsperiode verlangt die Pflanze reichliche Bewässerung und hellen Standort, während der Ruhezeit einen dunkleren Stand bei sparsamerem Gießen. Das öftere Abwaschen der Blätter gibt ihr ein frisches, lebhaftes Aussehen. Sobald aus dem Stamme kleine Blättchen austreiben, muß er sofort mit möglichster Schonung des Wurzelballens verpflanzt werden. Es sollte das möglichst im Frühjahr geschehen. Im Sommer kann man den Gummibaum sehr wohl im Freien an einem halbschattigen Blage aufstellen, welcher gegen Zugluft geschützt ist. Man hat dabei den Vorteil, daß Stamm und Blätter abgehärtet werden und dadurch die Überwinterung besser vertragen. Gibt man dem Gummibaum eine zu warme Stelle im Zimmer, so geschieht es häufig, daß die Blätter schnell hintereinander erscheinen, aber sehr klein bleiben. Eine Durchschnittstemperatur von 12 Grad Reaumur bekommt ihm am besten. Eines der Hauptübel, das den Baum heimsuchen pflegt, besteht darin, daß die Blätter anfangen schwarz zu werden. In diesem Falle sorge man für baldige Umpflanzung und Entfernung der meist fauer gewordenen Erde. Das Uebel kann auch durch Erkältung der Wurzeln, durch zu kaltes und übermäßiges Gießen oder durch zu kalten Standort entstanden sein. Bieleicht tut man dann am besten, den Gummibaum bei einem Gärtner im Gewächshaus in Pflege zu geben. Die Auszucht neuer Gummibäumchen erfolgt durch die kleinen Nebenweige. Man steckt sie in eine mit Wasser gefüllte Flasche und verklebt deren Öffnung. Sobald die Wurzeln 10 Zentimeter lang geworden sind, zerfährt man die Flasche und setzt den Pflanzling in Erde ein.

Die sogenannte gute alte Zeit verhängte nicht nur unendlich grausame, sondern oftmals auch sehr originelle Strafen. Im Jahre 1525, den Montag nach Margareta, wurde in Dresden ein gewisser Jobst Weißbroden, der einige Schmähschriften geschrieben hatte, an den Pranger gestellt und gezwungen, diese Schriften zur Strafe zu essen. Darauf wurde er noch einige Monate gefangen gesetzt und dann des Landes verwiesen. Unter Kurfürst August von Sachsen erschien 1556 eine Verordnung, den Aufwand bei Hochzeiten und vorzüglich die Zahl der Gäste zu beschränken. Als nun hierauf Dr. Wenzel Staumanns Erben um die Erlaubnis nachsuchten, mehr Personen, als bestimmt waren, einladen zu dürfen, erhielten sie den Befehl: Sie sollten, da ihnen mit guter Ordnung nicht gedient sei, noch zu fünfzehn Tischen Gänge bitten und bewirten, bei Vermeidung einer Geldstrafe von soviel Reichs-Goldgulden, als Personen daran fehlen würden. Auf diese Weise erreichte man, daß vorl Stunde an die neue Hochzeitsordnung pünktlich befolgt wurde.

Viele unserer gefiederten Sänger, die zur Vertilgung des Ungeziefers sich in unseren Gärten so nützlich erweisen, bleiben den Winter über bei uns. Fällt der Schnee zur Erde, oder ist der Boden hart gefroren, dann müssen sie bitter Not leiden. Mandem dieser dürfte noch nicht bekannt sein, daß der Weihnachtsbaum, wenn er außer Gebrauch gesetzt ist, eine vortreffliche Vogelfuttergelegenheit abgibt. Man pflanze ihn im Hofe oder Vorgarten so auf, daß man ihn ständig sehen kann. Dann verfertige man sich kleine Behälter und Körbchen, die in seinen Zweigen aufgehängt werden können. Dazu nehme man kleine Kastendefel oder Papierkörbchen, die am Weihnachtsbaum säßigelten biegen, Defel von Konservendbüchsen usw. Man vertelle sie rings in den Zweigen des Baumes und fülle sie mit Körnern, Weizen, sowie Fleischabfällen und dergl. Nicht lange wird es dauern, so belebt sich der Tannenbaum mit allerhand Vögeln, die dort eine willkommene Schnabelweide halten.

Unser Abendstern, die Venus, leuchtet gegenwärtig besonders hell und ist das glänzendste Gestirn am Himmel. Es scheint uns nah zu sein, ist aber doch noch so fern. Der der Erde am nächsten stehende Planet wahrhaft auch bei seiner größten Annäherung noch den respektablem Abstand von 5 Millionen Meilen, während seine größte Entfernung nicht weniger als 35 Millionen Meilen beträgt. Er kann so hell leuchten, daß er auf der Erde Schatten wirft, und ist für uns dennoch ein „dunkler“ Stern; wir kennen noch nicht einmal seine genaue Rotationsdauer und vermuten nur, daß er sich beim Umlauf um die Sonne einmal um sich selber dreht und uns, wie der Mond, immer dieselbe Seite zukehrt. Was wir von ihm wissen, ist, daß er fast so groß ist wie die Erde, ungefähr die gleiche Dichtigkeit besitzt und eine Atmosphäre hat. Es wird deshalb angenommen, daß er der Erde auch in anderer Beziehung ähnlich ist; da er jedoch nur 14 Millionen Meilen von der Sonne entfernt ist, wogegen sich die mittlere Sonnenentfernung der Erde auf 20 Millionen Meilen beläuft, so dürfte die Temperatur auf der Venus bedeutend höher sein. Einen Venusmond hat man noch nicht entdecken können. Interessant sind die Lichtphasen des schönen Gestirns, die sich beim Erdmonde darstellen. Die Scheibe ist in der oberen Konjunktur ganz hell, wird schiefbrunnig und verfinstert sich in der unteren Konjunktur vollständig, um allmählich wieder hell zu werden. Es ist uns also immerhin einleuchtend, von dem Stern

